

Wolfgang Golinski

28219 Bremen, den 14.07.2020

BÜRGERANTRAG
i.S. Ölhafen-Crew

Wenn man den bisherigen Informationen Glauben schenken darf, dann gibt es die Absicht des Ressorts SKUMS, die illegale Besetzung eines Geländes am Hagenweg durch die Ölhafen-Crew zu akzeptieren und in eine Nutzung umzuwandeln. Ein Indiz für diese Annahme ist die vorgeschlagene Tagesordnung für den Auftakttermin "Runder Tisch" und die Diskussion über einen Nutzungsvertrag.

Auch wenn es noch zu keiner finalen Entscheidung gekommen ist, so stellen sich jetzt schon Fragen die das Ressort beantworten sollte und nicht der Stadtteilbeirat Walle. Denn der Stadtteilbeirat Walle hat sich im Januar und November 2019 bereits eindeutig gegen eine Nutzung einer Fläche am Hagenweg durch die Ölhafen-Crew ausgesprochen, was zu begrüßen ist. Ebenso Kleingartenvereine, die in diesem Gebiet ansässig sind.

Von folgenden Sachverhalten ist auszugehen:

- I. Der **BPlan 1800 vom 17.10.1988**, der durch Senat und Bürgerschaft beschlossen worden ist und somit Gesetzeskraft erlangt hat, hat folgenden Planinhalt: Der Bebauungsplan 1800 soll in erster Linie der Absicherung der im Plangebiet vorhandenen sowie noch geplanten Kleingärten im Sinne des Bundeskleingartengesetzes dienen. Die darüber hinaus ausgewiesenen öffentlichen Grünanlagen dienen der Erschließung und Ergänzung der Kleingartenanlagen. Im Übrigen sieht das neue Landschaftsprogramm der Stadtgemeinde Bremen nur noch den Oberbegriff "Grünflächen" vor, der auch kleingärtnerische Nutzungen beinhaltet.
- II. Aufgrund der Tatsache, dass das OVG Bremen in einem Urteil (BA 24/93 vom 06.09.1994) die Nichteinhaltung des Gleichheitsgrundsatzes festgestellt hat und die Verwaltung in aller Deutlichkeit aufgefordert hat dies bei kommenden Verfahren zu berücksichtigen, weil sonst ein rechtsfreier Raum entstünde, hat der Senat am 16.10.2000 einen **Runden Tisch** beschlossen, um mit der **Bereinigung des Kleingartengebietes Waller Fleet** zu beginnen. Nach insgesamt 12 Sitzungen ist eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen worden, die von Senat und Bürgerschaft bestätigt wurde. U.a. wurde ein neuer Stichtag festgelegt (28. Mai 1974) und hinsichtlich Zuzüge wurde folgendes festgelegt: Die Zuzüge weitere Personen in den von der Duldung betroffenen Gebäuden (Kaisenhäuser) sind unzulässig. Dies bedeutet zweifelsfrei, dass auch andere Wohnarten nicht statthaft sind. Ferner wurde in der Rahmenvereinbarung festgelegt, dass der Senat seine bereits beschlossene Absicht umsetzt, das Kleingartengebiet mit öffentlichem Grün parkartig aufzuwerten.
- III. Der **Flächennutzungsplan 2025** führt unter der Flächennummer 436-1014 den Geltungsbereich des BPlan 1800 auf. Als planerische Zielsetzung wird festgehalten, dass dieses Gebiet Bestandteil des künftigen Naherholungsparks Bremer Westen ist und der Entwicklung eines vielfältigen Natur- und Erlebnisraumes mit öffentlichen Wegen, Kleingärten, Wald-, Wasser und Grünflächen zur Vergrößerung des Erholungsflächenangebotes, der Förderung der Aufenthaltsqualität, der Verbesserung des Stadt- und Landschaftsbildes, sowie der Erhöhung der Biotopfunktion dient.

Aus den genannten Punkten ergibt sich eindeutig, dass Wohnen im Bereich des BPlan 1800 rechtlich unzulässig ist. Ausgenommen davon sind Kaisenauswohner, die vor dem Stichtag ihren Wohnsitz gegründet haben.

Damit stehen die Bemühungen des Ressorts auf rechtlich unsicheren Füßen und wie schon in 1994 höchstrichterlich festgestellt, muss wohl auch i.S. Ölhafen-Crew festgestellt werden, dass der Gleichheitsgrundsatz massiv verletzt wird. Ein Verfahren vor dem VG Bremen würde diese Annahme sicherlich bestätigen.

Daraus ergeben sich nachstehende Fragen die vom Ressort beantwortet werden müssen und nicht vom Stadtteilbeirat Walle:

1. Ist es richtig, dass der BPlan 1800 weiterhin Gültigkeit hat und nur Kaisenauswohner ein Wohnrecht besitzen?
2. Ist es richtig, dass die Rahmenvereinbarung des Runden Tisches "Bereinigung des Kleingartengebietes Waller Fleet" weiterhin gültig ist, welches das Wohnen im BPlan 1800 regelt?
3. Wenn ja, welche gesetzlichen Grundlagen soll angewandt werden, um die Ölhafen-Crew dennoch am Hagenweg zu belassen? Soll es eine Lex "Ölhafen-Crew" geben?
4. Ist das Ressort der Auffassung, dass der Gleichheitsgrundsatz dadurch massiv verletzt wird, wie schon einmal in einer anderen Angelegenheit vom OVG festgestellt?
5. Wenn dies verneint wird, woran macht das Ressort dies fest?
6. Ist bekannt, dass das Referat Grünplanung /Umweltbereich öffentlich erklärt hat, dass am Hagenweg eine Wohnnutzung nicht zulässig ist (s. Ausgabe Gartenfreund von August 2019) und ist bekannt, dass das Referat Raumordnung, Stadtentwicklung, Flächennutzungsplanung in einer Mail von Januar 2019 an das Ortsamt u.a. folgendes erklärt hat: "Beim aktuellen Sachstand ist eine Dauergenehmigung an dem derzeitigen Standort nicht vorstellbar"? Wie will das Ressort mit diesen zutreffenden Feststellungen umgehen, zumal sich der Sachstand nicht verändert hat?
7. Beide Anträge des Stadtteilbeirates Walle aus 2019 stellen fest, dass das stadteigene Grundstück am Hagenweg nicht der richtige Standort für die Ölhafen-Crew ist, weil aus deren Konzept ersichtlich, dass eine Infrastruktur gefordert wird, die aber am Standort Hagenweg nicht vorhanden ist. Das Ressort wird in den Anträgen aufgefordert, für die Ölhafen-Crew einen geeigneten Standort zu suchen der dauerhaft genutzt werden kann. Welche Bemühungen seitens des Ressorts hat es nachvollziehbar seit Januar 2019 gegeben, um der Ölhafen-Crew einen dauerhaften Standort zuzuweisen?

Der Bürgerantrag mitsamt den Fragen soll dazu beitragen, dass das Verfahren für Bewohner und Parzellisten der Waller Feldmark noch transparenter gemacht wird als bisher und es soll bewirken, dass die gesetzlichen Vorgaben und Vereinbarungen vom Ressort und seinen nachgeordneten Behörden für alle gelten. Intention dieses Antrages ist aber auch, dass das Ressort sich zusammen mit der Ölhafen-Crew nunmehr ernsthaft um alternative Standorte in Bremen bemüht und nicht wieder 18 Monate verstreichen lässt.



im Beirat Walle

**Stellplätze für Miet-elektro-Roller schaffen.**

Damit weniger E-Roller störend an den verschiedensten Stellen abgestellt werden, wäre zu überlegen, welche Möglichkeiten eines geregelten Abstellens es geben könnte. Der Beirat Walle möge sich für die Umsetzung der folgenden Ideen einsetzen.

Begründung:

Es gibt mehrere Beschwerden, über wild abgestellte Roller, so dass z.B. Benutzer von Rollstühlen, Rollatoren oder Kinderwagen behindert werden.

Eine flächendeckende Versorgung mit Abstellplätzen (nicht weniger als 100m Abstand voneinander im Endausbau) bei einem Anreiz, diese zu nutzen dürfte das gegenwärtige Problem mindern. Wer den Roller nach Benutzung auf solch einem Platz abstellt, dem könnte der Euro Startgebühr gutgeschrieben werden.

Grundstückseigentümer könnten ermuntert werden, Flächen auf deren Privatgrundstücken gegen Vergütung (z.B. Freifahrten) zur Verfügung zu stellen.

Wenn die Plätze mit (kontaktlosen) Lademöglichkeiten versehen werden, so dürften sich die nächtlichen Transportfahrten der Betreiberfirmen zum Aufladen der Akkus deutlich reduzieren lassen.

Für Menschen, welche sich wegen Ansteckungsgefahr scheuen, einen Roller zu mieten, könnten an den Stellplätzen Spender für Desinfektionsmittel und Tücher zur einmaligen Benutzung, sowie Behältnisse zur Entsorgung installiert werden.

Bewegungsmelder für Beleuchtung geben ein Gefühl für mehr Sicherheit und wirken dem Vandalismus entgegen.

Vorstehende Ideen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sollen aber eine Aufforderung an die zuständigen Stellen sein, die Rollernutzung für alle Beteiligten angenehmer und umweltfreundlicher zu gestalten.

Bremen, 28. Juni 2020

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)



CDU-Fraktion Beirat Walle

Walle, 07.07.2020

Polizisten nicht unter Generalverdacht stellen – Änderung des Polizeigesetzes zurückziehen!

Der Beirat Walle möge beschließen:

1. Der Beirat dankt allen Polizistinnen und Polizisten in Bremen und insbesondere in Walle für ihren engagierten Dienst und den Einsatz im Stadtteil. Der Beirat spricht den Polizistinnen und Polizisten sein vorbehaltloses Vertrauen in der Ausübung ihres Dienstes aus.
2. Der Beirat weist die pauschale Verurteilung zurück, dass alle Polizistinnen und Polizisten rassistische Einstellungen hätten. Der Beirat fordert ein konsequentes dienstrechtliches Vorgehen bei Beamten, die gewaltbereites oder rassistisches Verhalten zeigen.
3. Der Beirat verurteilt jede Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in Form von Beleidigungen und körperlichen Angriffen. Ebenso verurteilt der Beirat Sachbeschädigungen gegen Einrichtungen der Polizei, der Polizeigewerkschaften und polizeinaher Einrichtungen.
4. Der Beirat stellt fest, dass die Änderungen des Polizeigesetzes ungerechtfertigte Vorurteile gegenüber Polizistinnen und Polizisten verstärken und staatlich beglaubigen. Der Beirat lehnt die von den Regierungskoalitionen vorgelegten Änderungen des Bremischen Polizeigesetzes ab und fordert die Fraktionen von SPD, LINKEN und Grünen in der Bremischen Bürgerschaft auf, das Gesetz zurückzunehmen.
5. Der Beirat fordert den Senator für Inneres auf, sich schützend vor die Polizistinnen und Polizisten zu stellen und alles zu unternehmen, damit die Änderungen des Bremischen Polizeigesetzes nicht beschlossen werden.
6. Der Beirat fordert den Innensenator auf, die Polizei sachlich und personell besser aufzustellen und dafür die Mittel in der Haushaltsumsetzung 2020/2021 und in der Haushaltsaufstellung 2022/2023 bereitzustellen.

Begründung:

Die rund 300.000 Menschen, die bundesweit bei der Polizei beschäftigt sind, verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung und vor allem unsere Wertschätzung. Dies gilt auch und insbesondere für die fast 2.500 Beamtinnen und Beamten in der Stadtgemeinde Bremen sowie die Kontaktpolizisten vor Ort. Sie setzen sich täglich hier im Stadtteil für unsere Sicherheit ein und setzen dabei zum Teil auch ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel. Immer häufiger müssen sie sich in der Ausübung ihres Dienstes für die Bürgerinnen und Bürger Anfeindungen und Respektlosigkeiten stellen. Leider werden sie auch oft selbst Opfer von Angriffen. Aus diesem Grund verdienen sie den besonderen Schutz des Staates. In den letzten Tagen und Wochen ist eine Vielzahl von Vorwürfen auf die Polizei eingedrasselt, die kaum mehr zu ertragen sind. Ob die Vorwürfe der SPD-Bundesvorsitzenden Saskia Esken, die pauschal allen Polizistinnen und Polizisten ein Rassismus-Problem vorwarf. Der Artikel in der Tageszeitung taz, in dem Polizisten ebenso pauschal als „Müll“ bezeichnet wurden oder auch die erschreckenden und gewalttätigen Vorkommnisse in Stuttgart zeigen deutlich, dass Sicherheitskräfte immer häufiger selbst zur Zielscheibe werden.

Diese Vorkommnisse kennen wir leider auch hier in Bremen. Die Anschläge auf das Polizeirevier bzw. Fahrzeuge in Schwachhausen im Jahr 2019, der Angriff auf die Geschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei im Juni 2020 oder die Tatsache, dass allein im vergangenen Jahr über 950 Straftaten gegen Beamte gezählt wurden, belegen dies. Die Randalen der Fussball-Fans nach dem Klassenerhalt von Werder Bremen zeigen deutlich, dass die Gewaltbereitschaft gegen Polizisten und damit die Staatsgewalt zugenommen hat. Und so wird die Anwendung von Gewalt gegen die Polizei und ihre Einrichtungen, aber auch gegen andere Sicherheitskräfte wie gegen Feuerwehrlleute oder den ärztlichen Rettungsdienst, immer öfter als legitim empfunden. Diese Entwicklung muss uns als Beiratsvertreterinnen und Beiratsvertretern zu denken geben. Es ist unsere Aufgabe der Polizei im Stadtteil den Rücken zu stärken und ihre Akzeptanz gegenüber Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang senden die von den Regierungskoalitionen vorgelegten Änderungen des Polizeigesetzes ein fatales Signal an unsere Polizei. Sie bestätigen alle falschen und ungerechtfertigten Vorurteile, die derzeit kursieren und säen Misstrauen in der Bevölkerung. Diese Gesetzesänderungen werden die Polizeiarbeit nicht verbessern, sondern nachhaltig erschweren. Der Beirat Walle lehnt das Gesetz in dieser Form ab und fordert die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen und LINKEN auf, den Entwurf unverzüglich zurückzunehmen.

Natürlich verurteilt der Beirat Walle die rassistischen, verabscheuungswürdigen und nicht hinnehmbaren Fälle von Polizeigewalt in den USA in aller Schärfe! Genauso deutlich lehnen wir in diesem Zusammenhang aber jeden Versuch der Gleichsetzung von amerikanischen mit bremischen Verhältnissen im Bereich Rassismus ab. Unsere Polizistinnen und Polizisten durchlaufen ein mehrjähriges Studium, welches die Anwarter auf unterschiedlichste Situationen vorbereitet und immer wieder Bezug zur Gewährleistung von individuellen

Grundrechten herstellt. Dies ist mit einem mehrwöchigen Lehrgang, wie es in vielen Polizeien der Vereinigten Staaten der Fall ist, nicht ansatzweise vergleichbar. Dabei erkennen wir an, dass die Polizei – wie im Übrigen auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche – nicht vollständig gegen rassistische oder antisemitische Einstellungen Einzelner gewappnet ist. Diese gilt es rückhaltlos aufzuklären und dienstrechtliche Konsequenzen – bis hin zur Entlassung aus dem Staatsdienst – zu ziehen. Wir erleben derzeit aber im Rahmen von Demonstrationen, öffentlichen Debatten und in den sozialen Medien eine unzulässige Pauschalisierung und ungerechte, sowie undifferenzierte Verurteilung der deutschen Polizei. Dies wird den Beamten, ihrer Ausbildung und ihrem täglichen Einsatz nicht gerecht.

Der Rechtsstaat darf es nicht dulden, dass diejenigen die ihn verteidigen und schützen derart angegriffen und unter Generalverdacht gestellt werden. Wir erwarten von der Polizei eine große Professionalität, aber wir stellen uns auch konsequent und entschlossen vor unsere Polizeibeamten, wenn sie wieder einmal mit Worten diffamiert oder mit Taten angegriffen werden. Wir sprechen Ihnen durch diese Erklärung unseren Dank und unser Vertrauen aus. Dafür einzustehen ist nach unserer Auffassung auch die Aufgabe unseres Beirats und aller ihm an angehörenden Fraktionen.

Für die CDU-Beiratsfraktion Walle

Franz Roskosch
Anja Meyer-Heder
Kerstin Eckardt

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Linke und SPD für den Fachausschuss Überseestadt, Arbeit und Wirtschaft vom 8. Juli 2020

Empfehlung für Radfahrer*innen zur Nutzung der „Spielstraße“ Überseepromenade durch Piktogramme

Wir fordern das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) Bremen auf, eine Lösung für die bessere Trennung von Fußgänger*innen zu anderen Teilnehmer*innen des Straßenverkehrs (mit Auto, Fahrrad, Roller, Motorrad etc.) an der Überseepromenade zu finden.

Unser Anliegen zielt vor allem auf die Trennung des Radverkehrs von den Fußgänger*innen.

Begründung:

An der Überseepromenade gibt es für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen die Möglichkeit, den verkehrsberuhigten Bereich (im Schrittempo) oder den Fußweg zu nutzen. Für Radfahrer*innen scheint die Nutzung des Fußweges derzeit weniger offensichtlich geregelt zu sein. Dem Fachausschuss Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit wurde zugetragen, dass wenn viele Menschen mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß unterwegs (Z.B. an Hochzeiten) sind – die Unfallgefahr bzw. Kollision zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen steigt. Es ist nicht klar geregelt, ob Radfahrer*innen den Fußweg nutzen dürfen. Nach unserer Einschätzung könnte der Fußweg für Radfahrer*innen ausgenommen sein oder zumindest nicht empfohlen werden. Dazu müsste in Straße „Birkenfelsstraße“ der Verkehrsfluss für Radfahrer*innen auf die Überseepromenade geöffnet werden, in dem die vier Betonklötze entfernt werden. Die Unfallgefahr an der Überseepromenade steigt mit höheren Besucherzahlen und soll verringert werden.

Prüfung von Lösungsansätzen:

Es ist zu prüfen, ob eine Regelung oder Empfehlung mithilfe von Piktogrammen den Verkehrsfluss verbessern könnte. Wir wünschen uns eine Empfehlung für die Radfahrer*innen, lieber die verkehrsberuhigte Straße statt des Fußweges an der Überseepromenade zu nutzen.

Für eine entspanntere Atmosphäre an der Überseepromenade und zur Minderung der Unfallgefahr können wir uns mind. 3 Optionen vorstellen, die zu prüfen sind:

1. Installation eines Hinweises auf dem Fußweg (zwischen Weser und verkehrsberuhigter Straße), dass nur Fußgänger*innen den Weg benutzen dürfen. Piktogramme auf dem Asphalt an jeder Straßenmündung am Übergang zum Fußweg zeigen ein „durchgestrichenes Fahrrad“ für Fahrradfahrer*innen.
2. Durch „Fahrrad“-Piktogramme auf der Fahrbahn der verkehrsberuhigten Straße der Überseepromenade an jeder Straßenmündung wird verdeutlicht, dass Fahrradfahrer*innen gebeten werden, die Straße statt den Fußweg zu nutzen.
3. Abgetrennter Radweg auf dem Fußweg der Überseepromenade, um ebenso „Radfahren an der Weser“ zu ermöglichen.



Abbildung: Erste Einmündung aus Richtung des Molenturms, links: Überseepromenade, rechts: Fußweg. Piktogramme möglich auf der Fahrbahn?

Beschluss-Nr. 29-2020 (20. Legislaturperiode) des Beirates Osterholz

- Wegen „Corona“ dürfen keine weiteren Schullandheime „unter die Räder kommen“
- Artikel im Weser-Kurier „Von Normalität keine Spur“ vom 9.6.20

Der Beirat Osterholz hat die große Sorge, dass die noch 10 existierenden bremischen Schullandheime aufgrund der Corona-Pandemie, d. h. wegen der seit Monaten ausbleibenden Klassenfahrten, „in die Knie gehen“ könnten.

Der Hintergrund ist, dass die Landheime durch inzwischen fast ein Jahrhundert lang aufgebracht erhenamtlicher Arbeit von Eltern und Lehrkräften aufgebaut wurden, aber mittlerweile von den in den 60iger Jahren noch existierenden **25** Heimen mehr als die Hälfte (!), nämlich 15, von den Trägervereinen (u. a. wegen wesentlich kleinerer Klassenfrequenzen, kürzeren Belegungszeiten, Finanzierungsproblemen bei einem Teil der Elternschaft – vor allem in sozial schwierigen Gebieten usw.) aufgegeben werden mussten.

Dies waren **unersetzliche** und u.E. mindestens teilweise vermeidbare Verluste, und an die Eröffnung neuer Heime ist leider überhaupt nicht zu denken, obwohl diese wegen der sozial-integrativen Wirkung von Klassenfahrten und wegen deren Bezahlbarkeit nötiger denn je wären.

Damit der Erhalt der verbliebenen Schullandheime gesichert werden kann, **fordert der Beirat den Senat zu einer Erhaltensgarantie und qualitätssichernden Investitionen auf, vor allem auch entsprechend den Anforderungen der Inklusion.** Auch das 100-jährige Jubiläum sollte mit einer kleinen Ausstellung ins öffentliche Bewusstsein gehoben werden.

Am wichtigsten ist dem Beirat Osterholz z. Zt., dass kein weiteres Schullandheim aufgegeben werden muss.

Ein Beispiel aus Osterholz: Früher gab es zwei einzügig betriebene Schullandheime von Osterholzer Schulen. Jetzt gibt es noch das große und ausgebaute Schullandheim „**Verdener Brunnen**“ beim Naturschutzgebiet und der dortigen Dünenlandschaft. Insbesondere dies an Osterholz angebundene Schullandheim möchte der Beirat erhalten wissen. Er wird es auch im Rahmen seiner sehr beschränkten Globalmittel weiterhin unterstützen.

Fazit:

1. Es gilt, die wenigen verbliebenen Schullandheime in ihrer dauerhaften Existenz zu sichern! Denn:
Diesen wichtigen **außerschulischen Lernort** lernt sonst künftig kaum noch ein Schüler kennen. Das wäre nach Auffassung des Beirates und sehr vieler Eltern und Lehrer **unverantwortlich!**
2. **Der Beirat Osterholz bittet alle stadtbremischen Beiräte um Unterstützung und um einen Solidaritätsbeschluss.**

Bremen, d. 17.06.2020

gez. Wolfgang Häase
(Beiratssprecher)

gez. Ulrich Schlüter
(Ortsamtsleiter)



Gemeinsamer Antrag FDP, CDU

für die kommende Beiratssitzung

Illegale Besetzung im Grün-Gebiet am Hagenweg unverzüglich beenden!

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Walle fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, die seit Dezember 2018 andauernde illegale Besetzung eines Grundstückes im Kleingartengebiet Walle (Grün-Gebiet), Hagenweg durch die Wagencrew ØLHAFEN. unverzüglich zu beenden. Der Beirat ist über den Fortgang zu informieren.

Begründung:

Die verlängerte Duldung ist im März 2020 abgelaufen. Die bisher gewährte Duldung von Dezember 2018 bis März 2020, hat die zuständige Behörde nicht zur Beendigung der illegalen Besetzung nutzen können.

Seit Beginn der Duldung ist eine fortwährende Ausdehnung und Bebauung der genutzten Fläche zu beobachten. Damit geht eine sichtbare Zerstörung von naturnaher Fläche in diesem Grün-Gebiet einher.

Die erduldetete Nachbarschaft mit Kleingärtner und Anwohner verläuft nicht konfliktfrei.

Durch eine fortwährende Duldung der illegale Wohnnutzung und damit verbundene Zerstörung der Umwelt, droht ein rechtsfreier und konfliktbehafteter Raum zu entstehen.

Diese Situation muss unverzüglich beendet werden.

Marco Juschkeit

Franz Roskosch

FDP-Beiratsfraktion Walle

CDU-Beiratsfraktion Walle

Globalmittel Walle 2020

				57.282,99 €
Beirat				
Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck		bewilligte Summe
1	Beirat/Jugendbeteiligung	Projekte, Jugendforum, pädag. Begleitung Jugendforum		5.500,00 €
2	Beirat	Gassibeutel f. Öffentlichkeitsaktionen		400,00 €
3	Fa. Panzlau	Stadtteilportal "Walle aktuell"		2.750,00 €
4	Beirat	Co-Finanzierung Weserfähre		3.000,00 €
5				
6				
7				
8				
		Summe:	Summe:	11.650,00 €
Verfüungsmittel:				
	FA Bildung			1.500,00 €
	FA Soziales			3.682,00 €
	FA Kultur und Sport			1.500,00 €
			Rest-Summe:	6.682,00 €
FA Bildung				
Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck		bewilligte Summe
1	Förderverein SZ Utbremen	Konzert gegen Rassismus am SZ	./.	./.
2	SFV Oberschule Helgolander Straße	Lernwerkstatt "Architektur&Baukonstruktion"		800,00 €
3	Elternverein SLH Ristedt der Helgolander Straße	Sanierung der Außenanlage		1.850,00 €
4	Kinder und Familienzentrum Waller Park	Anschaffung von Schaumstoffbausteinen für Bewegungsbaustelle		500,00 €
5	Schulverein Grundschule Nordstraße	Ausstattung der 4 neuen ersten Klassen mit Spielmaterialien		450,00 €
6	Quirl Kinderhäuser e.V.	1 zusätzlicher Krippenbuggy (4 Sitzer)		350,00 €
7	ReBUZ	Unterstützung des Prinzengartens		300,00 €
8	Kinderhaus Baumhöhle (DRK)	Umgestaltung des Außengeländes u.a. an die Bedürfnisse von mobilitätsbehinderten Kindern		1.100,00 €
9	KiTA Waller Park	Ausleihe des Bemil von SpielLandschaftStadt		0,00 €
10	KiTa der ev. Immanuel-Gemeinde	Spielzeugschuppen und Toilettenhäuschen		800,00 €
11	Glückskinder e. V.	Ausflug Kindergarten Glückskinder Walle		400,00 €
12	Kinder- und Jugendhaus Ratze	Projekte im Kinder- und Jugendhaus Ratze		950,00 €
13	Kindergruppe Findorffer Zwerge e. V.	Neuanschaffung Tischgruppen incl. Stühlen für Kindergarten		800,00 €
14	Kinder und Familienzentrum Haferkamp	Sonnenschutz auf dem Außengelände		550,00 €
15	Kinder und Familienzentrum Haferkamp	Sommerfest im KüFZ - und JFH Haferkamp am 19.06.2020		450,00 €
16	Förderverein Schulzentrum Grenzstraße	Fortführung Gestaltung der Schulaula sowie Gestaltung eines Bühnenbildes "Jugend ohne Gott"		850,00 €

17	Kinder und Familienzentrum Löwenzahn	Gartenprojekt		480,00 €
			Summe:	
			Summe:	10.630,00 €
	Verfüungsmittel:			
	FA Soziales			
Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck		bewilligte Summe
1	Türk. Elternverein in Bremen	Tagesausflug in den Heide-Park Soltau		350,00 €
2	Almatastift	Nachbarschaftsfest		300,00 €
3	Landeskirchl. Gemeinschaft Bremen e.V.	Kinder- und Jugendarbeit		390,00 €
4	Spielplatz Waller Wied e.V.	Hüpfburg und Spielmobil für das Sommerfest		
5	Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.	K.O. Mittel Präventions-Kampagne		250,00 €
6	Förderverein Bibliothek Walle	Bibliothek Walle-Mittel für Medien und Programm/Bilderbuchkino für Schule und KiTa		0,00 €
7	Waller Umweltpädagogik Projekt (WUPP)	10 Jahre sind gewuppt!!		1.000,00 €
8	Gemeindeverbund Immanuel/Walle	Neuanschaffung eines Geschirrspülers für den Jugendbereich		250,00 €
9	Gesundheitstreffpunkt West	Heimathafen Bremer Westen		350,00 €
10	Jugend- und Beratungszentrum Walle	Ausstattung des offenen Bereichs mit neuen Spielen		920,00 €
11	DRK Begegnungszentrum Haferkamp	Projekt Gedächtnistraining im BZ Haferkamp		1.100,00 €
12	DRK Begegnungszentrum Haferkamp	Erwerb von Geschirr		380,00 €
13	Martinclub Bremen e. V.	Barrierefreier Toilettencontainer für Dedesdorfer Platz, Antrag 2		0,00 €
14	Martinclub Bremen e. V.	Barrierefreier Toilettencontainer für Dedesdorfer Platz, Antrag 2		1.963,75 €
15	Verband alleinerz. Mütter und Väter/ VAMV	2 Roll ups (Werbetafel zum Aufrollen)		400,00 €
16	Prophil e. V.	Eröffnung eines kulturellen Ortes auf der Gemüsewerft / Kellogs Gelände		
17	AWO Ambulant gGmbH Pflegeheim Walle	30 Jahre AWO Pflegeheim Walle "Klangerfahrten für Jung und Alt..."		500,00 €
18	Wilhadi-Gemeinde/Überseekirche	Die Hafengärten. Ein interkultureller Quartiersgarten in der Ü-Stadt		
19	Wilhadi-Gemeinde/Überseekirche	Tischtennisplatte Überseewiese		
20	JUBZ	Gartenbauprojekt m. Jugendlichen		
			Summe:	
			Summe:	8.153,75 €
	Verfüungsmittel:			
	FA Kultur			
Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck		bewilligte Summe
1	Speicherbühne e.V. ???	"Walle spricht im Cafe' Utopia"		0,00 €
2	Blaumeier-Atelier	"Tag der offenen Tür im Atelier"		450,00 €
3	Kulturhaus Walle Brodepott	Stadtteilstadt Walle 20.-21.06.2020		0,00 €

4	Kulturhaus Walle Brodelpott	Kreativwerkstatt, Ferienprogramm für Kinder		580,00 €
5	Kulturhaus Walle Brodelpott	Programm und Öffentlichkeitsarbeit 10 Jahre Kaisenhausmuseum		760,00 €
6	Waller Geschäftsleute e.V.	Tannenbaumaufstellung und lebendiger Adventskalender / Nikolausaktion		700,00 €
7	Wilde Bühne e.V.	Wilde Woche 20.-28.01.2021 "Hinter der Fassade-den Mantel ..."		1.200,00 €
8	Chor West Voices	Unterstützung bei der Gestaltung des 20. Chorjubiläums		930,00 €
9	Waller Mitte e. V.	Ausstattung der Waller Mitte		1.120,00 €
10	Kultur Werkstatt Westend	"Fakten, Lügen, Fantasien" Werkstatt und Ausstellung		700,00 €
11	Kultur Werkstatt Westend	Sommerakademie für Jugendliche aus dem Bremer Westen		700,00 €
12	Opus Einhundert gem. UG	Die Kosmokanten: Musikalisches Familienstück zurr Winterzeit		830,00 €
13	Opus Einhundert gem. UG	Ferienprojekt: Radio Waller Welle		700,00 €
14	Petra Heitkötter KUNST.HAFEN.WALLE	KUNST.HAFEN.WALLE		900,00 €
15	Bremer Amateur Theater Ensemble e. V.	Anschaffung einer funkgesteuerten Headset-Mikrofinausrüstung für Lese- reihen		750,00 €
16	Opus Einhundert gem. UG	Anschaffung einer Zuschauertribüne		1.000,00 €
17	Kulturzentrum Schlachthof	Theater von Anfang an für Kinder- gärten und -gruppen aus Walle		320,00 €
18	Miriam Röder	Zeitgenössische Tanzproduktion im Volkshaus		500,00 €
19	Hafenmuseum Speicher XI	Deutsch lernen im Museum-Schul- klassenführungen		480,00 €
20	Verein türkischer Sozial- demokraten e.V.	Selbsthilfe-Seniorengruppe für Männer mit Migrationshintergrund		850,00 €
		Summe:		
	Verfügun		Summe:	13.470,00 €
	FA (Kultur) Sport			
Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck		bewilligte Summe
1	Westerstars Bremen e.V.	Ausrüstung für Nachwuchstorhüter U9,U11, U13		1.500,00 €
2	TV Bremen-Walle 1875 e.V.	Förderung von Seniorensport und der Jugendarbeit		1.000,00 €
3	TV Bremen-Walle 1875 e.V.	Förderung des Ballettunterrichts		1.000,00 €
4	TV Bremen-Walle 1875 e.V.	Förderung des Sports für den Stadtteil Walle		980,00 €
5	Gymnastic Club e.V.	Anschaffung von Trainingsanzügen für Kinder und Jugendliche mit Vereinsaufdruck		650,00 €
6	Bremer Sportverein	Integrationarbeit im Kinder- und Jugendbereich		850,00 €
7	Schwimmverein Weser 1885	Jugendarbeit für Vereinsmitglieder		715,00 €
8				
		Summe:	Summe:	6.695,00 €

Jugendbeteiligung				
Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck	Beschluss	bewilligte Summe
1	Lidice-Haus	pädag. Begleitung Jugendforum		1.450,00 €
2	Jugendforum	Mäusetunnel-Projekt (Sommerferien)		2.500,00 €
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				

Summe: **3.950,00 €**

Rest 1.550,00 €